

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 17 1. Oktober 2016

interview mit dr. werner langen mdep, u.a. zum glühlampenverbot + kritische betrachtungen des kölners professors dr. christoph buchal zu vorlesungen vor naturwissenschaftlern im unterschied zu laien + wie es zum zusammenbruch der elektricitätsversorgung in sydney kam



Herbert Reul MdEP

Herbert Reul: „5 Jahre Martin Schulz sind genug“

Chef der deutschen EVP-Fraktionsgruppe:

„Wir präsentieren bald eigenen Präsidentschaftskandidaten“

ContraSalon: Nahezu täglich tritt Martin Schulz im ARD-Fernsehen, im ZDF und zahlreichen Hörfunksendungen in diversen Rollen auf. Damit hat er schon früh Unmut erzeugt. Inzwischen werden die EVP-Parteien CDU und CSU und im Grunde alle Lager damit konfrontiert,

dass Jean-Claude Juncker und Martin Schulz als forderndes Interes-sen-Duo auftreten und sich gegen Abmachungen ihrer eigenen Partei-en stellen. Werden EVP-Fraktion und deren deutsche Gruppe bald deutlicher sprechen?

Herbert Reul MdEP: Seit Beginn der Legislaturperiode hat die CDU/CSU-Gruppe wiederholt öffentlich erklärt, dass die Verlängerung der Amtszeit von Martin Schulz im Jahr 2014 ein **einmaliger** Sonderfall war und dies auch bleiben wird. Aus unserer Gruppe wurde intensiv das Fehlverhalten und der Amtsmissbrauch von Martin Schulz angeprangert. Das hat nicht alle gefreut, war aber konsequent. Jetzt haben wir nicht nur in unserer CDU/CSU-Gruppe Konsens darüber, dass wir im Januar einen neuen Parlamentspräsidenten aus den Reihen der EVP wählen wollen, sondern haben davon auch die gesamte EVP-Fraktion überzeugt. Nun kümmern wir uns um eine(n) Kandidatin(en), die/der das Amt kompetent und fair ausführt. Das hat das Europäische Parlament endlich verdient. Fünf Jahre Martin Schulz sind genug.

ContraSalon: Die CDU hat weder unter dem Vorsitz von Helmut Kohl noch jetzt mit Angela Merkel eigene Europa-Parteitage veranstaltet. Sollte sich dies nicht angesichts der heutigen Europa-Krise ändern? Wäre ein Zusatztag zum Bundesparteitag im Dezember als Europa-Parteitag denkbar?

Herbert Reul MdEP: Entscheidend sind nicht gesonderte Europaparteitage, sondern mehr Zeit für Debatten über Europafragen in unserer Zeit. Aber da hat sich viel zum Positiven verändert - übrigens nicht aus Einsicht, sondern weil die aktuelle Lage es erfordert. Mehr Sorgen macht mir, ob wir in unseren Parteien CDU und CSU noch eine positive Einstellung zu Europa haben und ob wir genug für dieses spannende, zukunftssträchtige Projekt tun. Mir fehlen Diskussionen und Aktionen in unseren Parteien um für Europa zu sensibilisieren.

ContraSalon: Könnten nicht weit mehr als bisher vom Europäischen Parlament her und von seinen Fraktionen unternommen werden, „Vorschläge“ und „Ideen“ der Nationalstaaten ans Licht zu ziehen, wenn sie oft unbemerkt in Brüssel eintreffen? Wir denken zurück an das Glühbirnenverbot. Es wurde von Bundesumweltminister Gabriel vorgeschlagen, doch keiner merkte es.

Herbert Reul MdEP: Sicherlich könnten wir konsequent unsinnige Vorschläge der Mitgliedstaaten in die Öffentlichkeit zerrren. Allerdings glaube ich nicht, dass eine Perfektionierung des „Schwarzer-Peter-Spiels“ das Problem der mangelnden Zustimmung zur EU löst. Ich empfehle uns, einige konkrete und für die Bürger attraktive Projekte zu realisieren und zu veröffentlichen. Europa muss weg vom großen Traum und den kleinlichen Regulierun-

gen und sich stattdessen zu konkret spannenden Projekten entwickeln. Unser Job ist es, weniger Traumtänzerie und mehr Erfolgsprojekte zu kommunizieren.



Dr. Werner Langen MdEP

Interview mit Dr. Werner Langen MdEP

**„Den Briten geduldig helfen,
vom Brexit wieder Abschied zu nehmen“**

ContraSalon: Diverse Institute und Professoren erklären, die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Sitzen müsse nach dem britischen Brexit neu erörtert werden. Sehen Sie das auch so?

Werner Langen MdEP: Unser Parlament hat 750 Sitze plus 1 Sitz für den Parlamentspräsidenten. Diese merkwürdige Konstellation war ein Kompromiss bei der Neuverteilung der Sitze vor dem Beitritt von Kroatien. Der Beschluss setzte damit aber

eine klare Obergrenze bei der Sitzzahl.

Da wir Beitrittsverhandlungen mit einigen Ex-Jugoslawien-Staaten führen, auch noch mit der Türkei, bin ich dafür, dass wir nach einem Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union die dann frei werdenden 74 Sitze der Briten nicht neu besetzen und auch keinen anders gelagerten Kompromiss eingehen. Die Sitze werden und sollen nach meiner Überzeugung frei bleiben, um in der übernächsten Legislaturperiode eventuell den Beitritt einzelner kleinerer Staaten zu ermöglichen. Eine Neuverteilung ist auch deshalb überflüssig, weil das Parlament mit 751 Abgeordneten längst an der Grenze seiner Arbeitsfähigkeit angelangt ist.

ContraSalon: Werden nach der Brexit Abstimmung weitere Staaten den Briten folgen?

Werner Langen MdEP: Wir sollten alles tun, um die Brexit Entscheidung der Briten leichter rückgängig zu machen. Die ausgehandelten Zugangsbedingungen zum Europäischen Binnenmarkt dürften keinen weiteren Anreiz für Austritte bieten. Ein neuer finanzieller Beitrag zur Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt, hoch gerechnet auf Großbritannien und orientiert am Beispiel von Norwegen, wäre wahrscheinlich höher als der jetzige Nettobeitrag der Briten. Ferner bleibt wichtig, dass wir keine Sonderrabatte für Großbritannien planen dürfen. Zum Gesamtkomplex zählt jetzt, dass die Briten in ihrer Entscheidungsfindung durch harte Verhandlungsforderungen möglicherweise vom Irrweg des Ausstiegs abgebracht werden.

Der mögliche Ausstieg hätte auch für Deutschland erhebliche Folgen nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allen Dingen politisch. Die Südeuropäer würden nämlich eine steigende Dominanz der Deutschen befürchten. Die Deutschen wiederum würden eine Dominanz der Südeuropäer unter Einschluss von Frankreich befürchten, so dass die Balance, heute durch die Mitgliedschaft Großbritanniens in Grundsatzfragen gewährleistet, am Ende beschädigt würde. Deshalb bitte keine Verhandlungen, die sich an extremen Positionen beider Seiten orientieren! Wir brauchen einen vernünftigen Mittelweg, der den Briten die Entscheidung für Europa **neu erleichtert**. Da über 70% aller britischen Abgeordneten gegen den Austritt sind, nach der britischen Verfassung allerdings die Regierung selbst den Vertrag ohne Zustimmung der britischen Parlamente abschließen kann, rechne ich mit einer intensiven internen Debatte,

ContraSalon: Das vom damaligen Umweltminister Gabriel (SPD) in Brüssel in Gang gesetzte Verbot herkömmlicher Glühbirnen wurde realisiert. obschon die neuen Lampen Quecksilber enthalten. Wie lief das?

Werner Langen MdEP: In der Tat, schon bei der Diskussion um das schrittweise Verbot der herkömmlichen Glühlampen wurde von uns Parlamentariern auf die Quecksilber-

Gefahr hingewiesen. Entsprechende Gutachten lagen vor. Die Umstellung auf andere Leuchtkörper mit einem höheren Energieeffizienzgrad hat die Quecksilber-Argumente übergangen. Ein einzelnes Gerichtsurteil, wie es jetzt gegen einen Lampen-Hersteller erging wegen der Quecksilber-Gefahr, wird die Brüssler Entscheidungen wohl nicht umdrehen können.

ContraSalon: Sie sitzen im Panama-Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments. Welchen Weg geht man dort?

Werner Langen MdEP: Der Untersuchungsausschuss wurde gebildet, um insbesondere Geldwäsche, Steuerhinterziehungen und Steuervermeidung auf der Grundlage illegaler oder auch legaler Tätigkeiten zu untersuchen, die insbesondere durch die massenhafte Einrichtung von Briefkastenfirmen nicht nur in Panama deutlich geworden sind. Nach der Veröffentlichung der "Panama Papiere" sind jetzt "Bahama-Papiere" aufgetaucht, die einen weiteren vergleichbaren Schwerpunkt zur Thematik der Steuerhinterziehung und der Geldwäsche aus kriminellen Handlungen beleuchtet haben.

Der Untersuchungsausschuss hat das Ziel, solche Dinge aufzudecken wenn sie im Zusammenhang mit einem Fehlverhalten der Europäischen Kommission, der Mitgliedsstaaten oder einzelner Autoritäten und Institutionen stehen. Das erste öffentliche Hearing mit Journalisten hat erstaunliche Ergebnisse ergeben, die insbesondere im Hinblick auf die Kanzlei Mossak-Fonsecca zeigen, mit welcher kriminellen Energie hier bestehende Gesetze oder auch Gesetzeslücken in einzelnen, insbesondere kleineren Staaten ausgenutzt werden.

Unser Ziel ist es, den öffentlichen Druck zu erhöhen, die Geldwäsche-Richtlinie der Europäischen Union zu verschärfen, den EU-Vorschlag zur Ein-Personen-Gesellschaft, der auf dem Tisch liegt, in der vorgeschlagenen Ausgestaltung zu verhindern und die Regierungen zu engerer Kooperation und zu einer endlich ergebnisorientierten, internationalen Zusammenarbeit zu bringen.

Dass dies nicht einfach ist, liegt auf der Hand. Insbesondere durch die Verknüpfung mit einzelnen Namen wie der ehemaligen Kommissarin Nelli Kroes, die das Parlament in einer Anhörung belogen hat, oder auch die Beteiligung einzelner Minister und Regierungschefs, wie im Falle von Malta, Großbritannien und Island werden eine Reihe von Einzelfällen untersucht werden können, die, so hoffe ich, zu brauchbaren Ergebnissen führen.

Ich glaube, dass es in Zeiten des Internets und der weltweiten Vernetzung leichter ist, illegale Gelder zu verstecken oder zu waschen, dass es auf der anderen Seite aber das gleiche Internet ermöglicht, dass auf Dauer nichts mehr geheim bleiben kann. Dies erhöht den Druck auf Täter und Regierungen, endlich ein international abgestimmtes Konzept zur fairen Besteuerung zu verabschieden und nicht nur seit Jahren darüber zu reden.

Wie die „alternative“ Energiepolitik in Südastralien plötzlich auf Klippen lief

An unprecedented development, the state of South Austral was cut-off from the national electricity network. Wednesday's event will trigger renewed debate over the state's heavy reliance on renewable energy which has forced the closure of uncompetitive power stations, putting the electricity network in South Australia under stress. Earlier this week (25.9.) the Grattan Institute warned that South Australia's high reliance on renewable energy sources left it exposed to disruptions. It pointed to the fact that while the renewable energy target had encouraged the development of wind and solar generation, it had the potential to undermine supply security at a reasonable price, because it forced the closure of inefficient power stations without encouraging the construction of the necessary new generation supply sources.

A statewide blackout in South Australia, triggered by ferocious storms that damaged one of its power stations and 20 transmission towers, has set off a debate about renewable energy. The prime minister said energy security must be a key priority for governments. "If you are stuck in an elevator, if the lights won't go on, if your fridge is thawing out, everything in the kitchen is thawing out because the power is gone, you are not concerned about the source of that power.

Erfahrungen eines Energieexperten mit Hysterikern und Medien

Prof. Dr. Christoph Buchal, Forschungszentrum Jülich, Peter Grünberg Institut (PGI)

Redigierte und gekürzte Auszüge aus einem Buchal-Vortrag im Kollegenkreis in Regensburg

Wir stehen bei den Themen Energieversorgung und Klimawandel angesichts der Komplexität und fortdauernder innerer Widersprüche vor großen Herausforderungen. Ich werde deshalb meine persönlichen Erfahrungen aus öffentlichen Veranstaltungen zu diesem Themenbereich wie auch aus der Vorlesungsreihe im Studium Universale an der Universität zu Köln vorstellen.

Die Diskussionen um Energieversorgung und Klima-Entwicklung werden bei uns zu oft mit kompromissloser Entschiedenheit und eitler Selbstsicherheit geführt. Dabei werden unanschauliche globale Emissionen mit unmittelbar spürbaren positiven wie negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Kosten und Renditen sowie Naturschutz leichtfertig vermischt.

Viele Mitbürger machen sich tatsächlich Sorgen, dass es mit den Lebensbedingungen auf der Erde sehr schnell bergab gehen könnte, wenn wir es nicht schaffen, die inzwischen bei jedem Unwetter öffentlich beschworene „Klimakatastrophe“ zu stoppen. Sie setzen zum Beispiel alle ihre Hoffnungen auf Windräder und Photovoltaik-Anlagen. Unbewusst oder bewusst verübeln sie es mir als Vortragendem, wenn ich sie als Unvorbereitete mit nüchternen physikalisch-technischen Fakten, Netz- und Speicherproblemen, Kosten und Zahlen konfrontiere. Sie empfinden, dass ich damit ihr Bild von der Zukunft zerstöre. Ein nicht naturwissenschaftlich gebildetes Publikum lässt sich inzwischen durch Stimmungen bei einer Präsentation viel stärker beeinflussen als durch korrekte Grafiken, physikalische Argumente oder gar trockene Zahlen und Daten. Daran können heute aufklärende Vorträge scheitern.

Wohl gelingt ein Vortrag vor Naturwissenschaftlern einfacher als vor einem allgemeinen Publikum, doch zeigt auch hier die heftige Debatte über Strom und Emissionen, über die angebliche Verlässlichkeit langfristiger Projektionen (Stichwort „Klimaprognosen“) und über mögliche Auswirkungen auf die belebte Natur zu oft ein Maß an Unversöhnlichkeit, das an den früheren Streit um die friedliche Nutzung von Kernenergie erinnert.

Ich habe gute Erfahrungen damit gemacht, zuerst die zeitliche Entwicklung der Industrialisierung darzustellen und die Fortschritte der Technik mit den günstigen heutigen Lebensbedingungen in unserem Land zu verknüpfen. Dabei spannt sich der Entwicklungsbogen von der Kohle und Dampfmaschinen über das Erdöl, Motoren und Strom bis zur Nachrichten- und Informationstechnik, dem Computer und dem Smartphone. Allgemeines Erstaunen löst die Frage an das Publikum aus, wann wohl das Jahr mit der weltweit höchsten Kohleförderung zu verzeichnen war. Nach der korrekten Antwort „das Vorjahr“ akzeptieren viele Zuhörer die Schlussfolgerung, dass die Welt noch immer mitten in der Industriellen Revolution steckt. Diese Betrachtung ermöglicht es, die Schärfe und Hektik der heutigen Auseinandersetzung ein wenig zu mildern.

Einiges lässt sich durch den Blick auf meine Nachbarschaft im Braunkohlerevier von Aachen und Jülich veranschaulichen: Eine Überschlagsrechnung zur Stromproduktion zeigt, dass 2000 Windenergieanlagen (WEA) von je 5 MW (onshore, rund 20 Prozent der Jahresvollast) nötig wären, um ein zuverlässiges Kohle- oder Kernkraftwerk von 2 GW elektrischer Leistung ersetzen zu können. Erst dann bliebe dieselbe Jahresenergieproduktion (GWh) erhalten. Diese Physikern sofort einsichtige Abschätzung bewirkt leider Erstaunen, hat aber auch schon für Empörung gesorgt: „Wollen Sie damit behaupten, dass Kohle besser ist als Windenergie?“ Wenn ich dann noch den für Windenergieanlagen nötigen riesigen Flächenbedarf von zig Quadratkilometern pro Anlage physikalisch begründe – die Windenergieanlagen nehmen einander bei zu dichter Anordnung den Wind weg – breiten sich im heutigen Publikum Frust, Skepsis und Gemecker aus. Viele meiner Zuhörer äußern sich jedoch ausdrücklich dafür dankbar, dass ich sie ehrlich informiere.

Mehr noch als die weitgehende Durchdringung unseres Alltags mit Wissenschaft und Technik verhindert das Wachstum der Weltbevölkerung eine „Umkehr“. In jedem Jahr steigt sie um 80 Millionen an, sodass alle zwölf Jahre eine zusätzliche Milliarde zu ernähren sein wird. Nach neuesten Prognosen wird für 2100 mit über 11 Milliarden Menschen gerechnet. Die Konsequenzen für die Nahrungsmittelproduktion sind einigermaßen vorhersehbar, doch der zusätzliche Bedarf an Arbeit, Wohnraum und Infrastruktur sowie die Zunahme von Konsum und Wohlstand sich praktisch nicht abschätzen.

Dazu ein Beispiel: 2015 wurden in Deutschland 5,7 Millionen PKW produziert, weltweit waren es über 80 Millionen. Seriöse Prognosen sagen bis 2050 einen Anstieg der weltweiten Anzahl von Fahrzeugen von heute ca. 1,2 Milliarden auf über zwei Milliarden vorher. Ein vergleichbares Wachstum wird auch die Luftfahrt verzeichnen. Damit sind nun mal Anforderungen an mehr Kraftstoffversorgung und Infrastruktur verbunden. Und die Emissionen nehmen zu..

Man soll solche Fakten nicht dramatisieren. Die Zukunft ist offen. Ich stelle den nächsten Herausforderungen die vielen positiven Entwicklungen und großen Erfolge der Vergangenheit gegenüber. Doch Angst machende globale Szenarien verschärfen sich durch ihre permanent aufreizende mediale Verbreitung. Historisch hingegen ist unser Alltag viel erträglicher und sicherer geworden. Doch die großen Errungenschaften von Medizin und Hygiene sind meinen Studenten unmittelbar einsichtig, die segensreichen Ertragsverbesserungen der modernen Landwirtschaft hingegen sehr selten, denn die Medien erwähnen sie selten oder denunzieren die ganze Landwirtschaft. .

In der Zeit um 1960 wurden rund zwei Milliarden der damals drei Milliarden Menschen ausreichend ernährt – heute sind es mehr als dreimal so viele. Die notwendige Ertragssteigerung gelang im Wesentlichen sogar ohne Mehrbedarf an Flächen. Einen wichtigen Anteil daran haben sehr wohl Chemie und Physik, denn Stickstoff-Mineraldünger werden bei uns seit 1916 durch Hochdruck-Ammoniak-Synthese (Haber-Bosch) produziert.

Ein ausreichendes Energieangebot gehört unverzichtbar zum vernünftigen Lebensstandard. Noch wichtiger ist die Versorgung mit Lebensmitteln. Zum Verständnis hilft eine einfache Faustregel anhand von Durchschnittswerten aus Deutschland: Unser Stoffwechsel leistet ca. 100 W, um uns am Leben zu halten. Die dafür benötigte Energie liefern die verzehrten Lebensmittel. Zusätzlich nutzen wir fast 1 kW an elektrischer Leistung und in der Summe umgerechnet ca. 5 kW an Primärenergie (für Wärme, Strom, Treibstoffe etc.). Im technischen Sektor wird somit rund fünfzigmal mehr Energie umgesetzt als beim direkten menschlichen Verzehr. Dies zeigt, wie begrenzt das energetische Potenzial ist, wenn aus dem Lebensmittelsektor (Stärke, Zucker, Öle, Fette) Energieträger immer öfter abgezweigt werden - für Treibstoffe (!!), Stromerzeugung oder Wärmebedarf.

Weltweit steigt heftig die Nachfrage nach Futtermitteln (Getreide, Soja), um aus primärer Bio-Energie (Stärke, pflanzliches Eiweiß) tierisches Eiweiß (Milch, Fleisch) zu produzieren. Denn vor allem in Schwellenländern verlangen mit wachsendem Wohlstand immer mehr Menschen nach hochwertiger Ernährung. Es ist peinlich, dass sich Teile unserer Politiker darüber erregen und nach Energiepflanzen rufen..

Sie werden niemals einen wesentlichen Beitrag leisten können, um fossile Energieträger zu ersetzen. Im Jahr 2014 betrug der Anteil an Biokraftstoffen in Deutschland 0,8 Prozent am Primärenergiebedarf, Biomasse und Biogas lieferten zusammen ganze 5,8 Prozent. Insbesondere angesichts der katastrophalen großflächigen Urwald-Rodungen zur Palmöl-Erzeugung als Bio-Energieträger erweist sich eine kreative Entwicklung neuer technischer Lösungen für die Energieversorgung als unabdingbar.

Inzwischen gilt Photovoltaik als große technische Lösung. Während eine Dachanlage in Deutschland 1989 ca. 15.000 €/kW peak kostete, ist sie inzwischen für ein Zehntel des Preises erhältlich. Das deutsche EEG hat aufgrund der garantierten Einspeisevergütung mit Einspeisevorrang zuerst die Produktion und Verbreitung der Photovoltaik hierzulande stimuliert, allerdings mit einer erheblichen Kostenbeteiligung für alle privaten Stromkun-

den. In der Folge entwickelte sich eine globale Massenproduktion mit aggressivem Wettbewerb und fallenden Preisen. Dass die großen Produzenten in Fernost die Bedeutung der Technologie schnell erkannt und dieses Feld erobert haben, war für die deutschen Hersteller zwar schmerzhaft, hat aber die breite globale Einführung der neuen Technologie befördert.

In Deutschland sind gegenwärtig ca. 40 GW peak (=Scheitelwert) an Photovoltaik-Anlagen installiert, das entspricht einer Fläche von rund 300 qu.km. Weltweit sind über 210 GW peak in Betrieb. Angesichts der Tatsache, dass weltweit rund eine Milliarde Menschen keinerlei Stromnetz-Anschluss besitzen, bieten Photovoltaik-Anlagen für viele Länder realistische Möglichkeiten, den individuell erzeugten Strom für einfache Anwendungen zu nutzen.

Aus technischer Perspektive ist auch die Entwicklung der großen Windräder eine Erfolgsgeschichte, obwohl sie das Landschaftsbild und die Vogelwelt stark beeinträchtigen. Gegenwärtig sind in Deutschland 42 GW an Windenergieanlagen onshore und 3 GW offshore in Betrieb. Zusammen mit der Photovoltaik lässt sich so an einem sonnigen und zugleich windigen Sommertag zur Mittagszeit bereits der gesamte deutsche Strombedarf decken. So kann das Bild entstehen, dass Deutschland und viele Industrieländer auf einem guten Weg sind. Viele Menschen wollen für einen wirksamen Klimaschutz sogar eine teurere Energieversorgung in Kauf nehmen. Der „Alleskönner“ Strom soll zukünftig fast alle Aufgaben erledigen und obendrein die kommende Flotte von Elektroautos antreiben.

Systemtechnische Herausforderungen

Doch diese allzu einfache Bilanz ist irreführend. Wenn eine Vielzahl korreliert fluktuierender Windenergieanlagen und gemeinsam pausierende Photovoltaik-Produzenten die bedarfsgerecht, mit speicherbaren Energieträgern arbeitenden Kern- und Kohlekraftwerke ersetzen sollen, ist ein grundsätzlich neues Konzept für das Energieversorgungssystem nötig. Ein stabiles konventionelles Stromversorgungssystem kann leicht einen begrenzten Anteil an fluktuierender Einspeisung aufnehmen, doch steigt die Herausforderung für alle Systemkomponenten rapide an, wenn mehr als rund ein Drittel der elektrischen Gesamtenergie („Jahresarbeit“) aus fluktuierenden Quellen stammt. 2015 lieferten die Windenergieanlagen in Deutschland 14,5 Prozent, die Photovoltaik-Anlagen 6,3 Prozent der Jahresarbeit. Für die Versorgungssicherheit bleibt daher ein großer konventioneller Kraftwerkspark mit Kohle, Gas, Kernkraft etc. unverzichtbar.

Ich überspringe gern folgende Daten: Bisher ist die Bilanz der so genannten „anthropogenen“ Emissionen ernüchternd. Gegenwärtig steigen die globalen Emissionen von derzeit ca. 36 Gt CO₂/a um 0,8 Gt CO₂/a an. Auch der CO₂-Anteil in der Atmosphäre wächst im Rhythmus der Jahreszeiten ständig. Allein die jährliche Zunahme der globalen CO₂-Emissionen entspricht gegenwärtig etwa dem gesamten deutschen Beitrag von ca. 0,9 Gt CO₂/a, das sind 2,5 Prozent der globalen Emissionen. Unser Land umfasst ca. 1,1 Prozent der Weltbevölkerung. Die seit 2000 in Deutschland erzielte Reduktion beträgt ganze vier Promille der globalen CO₂-Emissionen. Die Industrie- und Verkehrsentwicklung allein in China und Indien wird „unseren Anteil“ weiter schrumpfen lassen.

.....
Gemeinsam mit Kollegen habe ich daher im Physik Journal die Beitragsserie zur Energie-wende gestartet, vgl. Dossier www.pro-physik.de/phy/physik/dossier.html?qid=5567511

Außerdem erläutert „Physik konkret“ 24 (9/2015) die überlegene Technik der Gebäudeheizung mit Wärmepumpen im Vergleich zur Kraft-Wärme-Kopplung.

Schon Adenauer forderte Paneuropa

Zum Artikel „Europa ist die Lösung“ von Frank-Walter Steinmeier (F.A.Z. vom 14. September): In seinem bemerkenswerten Beitrag vom 14. September bezieht sich Außenminister Steinmeier auf Winston Churchills berühmte Züricher Europa Rede vom 19. September 1946. Zu den großen Stimmen eines europäischen Aufbruchs gehört auch die bahnbrechende vorherige Rede Konrad Adenauers an der Universität zu Köln vom 24. März 1946.

So wie Churchill nach ihm fordert Adenauer die Bildung eines vereinten Europa. Wörtlich sagte er unter anderem: „Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt. Deshalb bin ich von jeher für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten. Ich bin deshalb in den zwanziger Jahren für eine organische Verflechtung der französischen, der belgischen und der deutschen Wirtschaft zur Sicherung eines dauernden Friedens eingetreten, weil parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen das gesündeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern sind. Heute sind ganz andere Zukunftsmöglichkeiten für Westeuropa, für ganz Europa möglich, als damals. . . . Dann muss meines Erachtens das Problem der Vereinigten Staaten Europas unter Einschluss Deutschlands in Angriff genommen werden. Die Vereinigten Staaten von Europa sind die beste, sicherste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands.“

Diese revolutionären Gedanken lassen schon das nachfolgende Projekt einer (west-)europäischen Montanunion als ersten praktischen Schritt zur europäischen Integration erkennen. Und das cordiale Verhältnis zwischen Konrad Adenauer und Robert Schuman erscheint als Modell der späteren engen Beziehungen zwischen den jeweiligen Regierungschefs Frankreichs und der Bundesrepublik. In seiner letzten internatio-

nen Rede (Madrid 16. Februar 1967) befasste sich Adenauer mit Krisen des europäischen Integrationsprozesses. Vor allem müsse gehandelt werden. Nicht die juristische Form sei entscheidend, sondern die Tat. „Ob nun eine Föderation oder Konföderation entsteht . . . Handeln, Anfangen ist die Hauptursache“. . . . „Wenn nicht alle mittun, dann sollen die handeln, die dazu bereit sind.“ So gab es von frühesten Anfängen eine starke deutsche Stimme für das Ziel einer effektiven europäischen Integration.

PROFESSOR EM. DR. DR. H. C. GOTTFRIED-KARL KINDERMANN, UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Junckers Rolle

Zu „Der falsche Mann“ (F.A.Z. vom 15. September): Offenbar hat Ihre Redakteurin Heike Göbel Artikel 17 EU-Vertrag nie gelesen. Ihre oberlehrerhafte Schelte des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker („nur oberster Behördenleiter der EU“) geht nicht nur mit keinem Wort auf den Inhalt seiner Rede zur Lage der Union vom vergangenen Mittwoch ein, sondern verkennt auch völlig die politische Funktion der Kommission als Exekutive der EU und Hüterin ihrer Verträge sowie die ihres Präsidenten, der 2014 als Spitzenkandidat der Europäi-

schen Volkspartei in unmittelbarer demokratischer Wahl ins Europäische Parlament gewählt, vom Europäischen Rat zum Kommissionspräsidenten berufen und vom EP in dieses Amt gewählt wurde. Göbels Vorwurf, er maße sich eine politische Rolle an, ist lächerlich und herabsetzend und entspricht nicht dem gewohnten Niveau Ihrer Zeitung. Ist sie „die falsche Frau“ für eine sachgerechte Analyse des freilich hochkomplexen Prozesses der europäischen Integration?

DR. DR. H. C. WIEGAND PABSCH,
BOTSCHAFTER A. D., ST. AUGUSTIN

Warum präsentiere ich heute zwei Ausschnitte von Leserbriefen?

Kindermann kritisiert zu Recht den einseitigen Bezug auf Churchill. Schon deshalb weil Churchill in seiner Züricher Rede 1946 ausdrücklich sagte, England werde bei einer europäischen Integration gar nicht mitmachen. Wie aktuell !!!!

Die Berliner Regierung, vor allem ihr Außenminister, erwähnt sowohl Adenauer wie Robert Schuman in Sachen Europa auffällig selten. Der Grund ist längst klar: Die SPD machte **vor** den Römischen Verträgen nicht mit, sie lehnte das neue Europa klar ab. Deshalb beginnt Europa in Berliner Version immer erst mit den römischen Verträgen, denen die SPD zustimmte. Adenauer und Schuman gibt es in linken AA-Kreisen nicht mehr.

Prächtig fand ich den Brief des Parteifreundes Dr. Pabsch in Sachen Juncker, über den fast täglich Unsinn oder Schlimmeres geschrieben wird. JW

Geschrieben und redigiert

von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre **Spende** bitte an folgendes Konto: Volksbank in 53343 Wachtberg

IBAN = DE 1537069805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I